

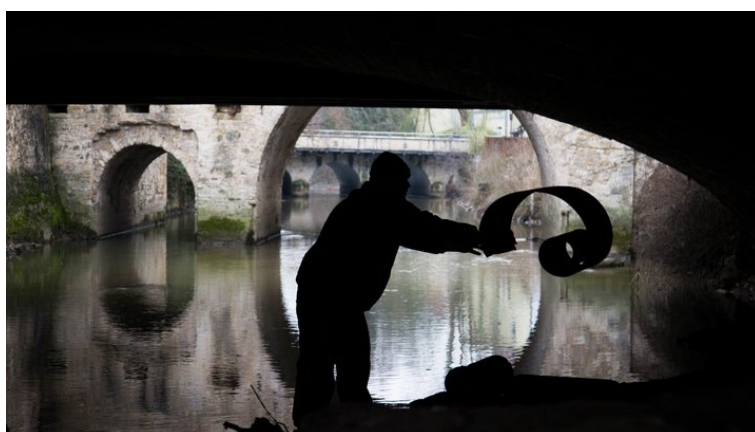
Obdachlosigkeit

Falsche Bilder, echtes Leid

Verwahrlost, psychisch krank, selbst schuld: Die Vorstellungen von Obdachlosen sind oft klischeehaft. Das verschleiert die politischen Ursachen für Wohnungsmangel.

Von **Timo Reuter**

14. November 2017, 15:21 Uhr / 325 Kommentare



Selbst schuld, oder? © Friso Gentsch/dpa

Ob am Frankfurter Hauptbahnhof oder im Berliner Tiergarten, ob in der Münchner oder der Hamburger Innenstadt – überall nimmt das sichtbare Elend zu [<http://www.zeit.de/kultur/2017-11/obdachlose-berlin-tiergarten-kaelte-nothilfe-deutschstunde>]. Menschen liegen eingehüllt in Schlafsäcken auf Parkbänken, in Hofeinfahrten, auf dem blanken Beton. Viele gelten als bemitleidenswert, manche als aggressiv. Die einen ertragen stumm ihr Schicksal, andere betteln. Und obwohl unser Alltag schon hektisch genug, das Leid durch die Flut an schlechten Nachrichten allgegenwärtig ist, unterbricht der Anblick der Not für einen Moment die Routine – und wirft uns in ein Dilemma: Sollen wir hinschauen, Geld spenden, oder gar: Zeit schenken? Oder geht es uns gar nichts an?

Seit Jahren nimmt die Zahl der Obdachlosen in Deutschland zu. Im vergangenen Jahr lebten laut einer Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe etwa 52.000 [<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-11/wohnungslosigkeit-obdachlose-fluechtlinge-armut>] Menschen auf der Straße, 2008 waren es noch 20.000. Zwar gilt Obdachlosigkeit weiterhin als Randphänomen, aber zumindest in Großstädten wird sie immer sichtbarer. Doch was sehen wir da eigentlich?

Obdachlose verkörpern das archetypische Bild der Armut [<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/bundestagswahl-obdachlose-armut-wahlbeteiligung-demokratie>] – und sind deren extremste Erscheinungsform in einer Wohlstandsgesellschaft. Betroffene haben nicht nur kein Dach mehr über dem Kopf, sie leiden auch an Hunger, medizinischer Unterversorgung, Kälte. Und das sieht man ihnen an, den oft verwahrlosten und meist kranken Männern und wenigen Frauen, die Plastiktüten durch die Gegend schleppen oder einfach vor uns auf dem Boden liegen. Diese Anblicke irritieren, erregen Mitleid – aber auch Angst und Abwehr, auch schon bevor der Berliner Tiergarten [<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-10/tiergarten-berlin-obdachlose-osteuropa>] in die Schlagzeilen geriet, weil Obdachlose dort im Gebüsch campierten und einer eine Passantin ausraubte und ermordete.

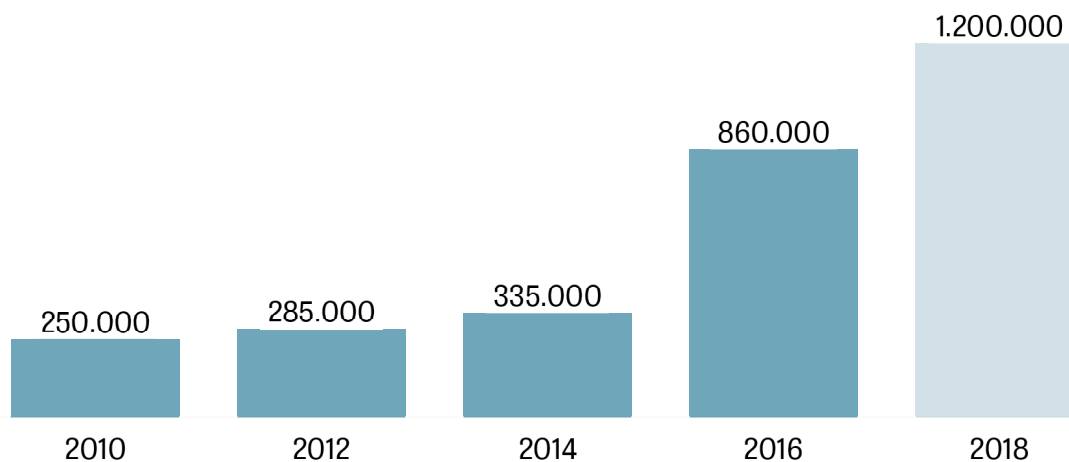
Aus Angst wird Verachtung

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung [http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf] befürwortete 2014 jeder dritte Befragte, Obdachlose aus Fußgängerzonen zu entfernen. Aus Angst wird Verachtung. Diese hat in Deutschland eine durchaus lange und unrühmliche Tradition, die in der nationalsozialistischen Pathologisierung Obdachloser zum "arbeitsscheuen Nichtsesshaften" ihren mörderischen Höhepunkt fand. Immerhin bis 1974 war es möglich, "Landstreicher" wegzusperren. Das alles wirkt bis ins Hier und Jetzt – nicht nur wegen der Gewalttaten, die vor allem Rechte weiterhin gegen Obdachlose verüben.

Doch es gibt auch die andere Seite: Wer nicht stört, verdient Mitleid – oder zumindest Beachtung. Und so steigen zuverlässig zum Wechsel der Jahreszeiten auch unsere Anteilnahme und die (mediale) Aufmerksamkeit: Reportagen fühlen sich für ihre Leser und Leserinnen in die Schicksale der Menschen ein, die bei Minusgraden draußen schlafen. Politiker verteilen Weihnachtsgänse. Der Wille ist da. Und auch wir, Menschen, die Arbeit, ein Zuhause und ein latent schlechtes Gewissen haben, wollen helfen – und tun uns doch schwer damit, das Leid an uns heranzulassen. Laut einer repräsentativen Umfrage der Caritas aus 2008 hatten nur vier Prozent der Bevölkerung persönliche Kontakte zu Obdachlosen. Zwischen Mitleid und Abwehr rettet uns dann auch ein langer Blick auf das Smartphone vor der Entscheidung – bis zur nächsten Straßenecke, wo wir uns mit einer Münze unserer Wahl aus dem Dilemma freikaufen. Oder wir verweisen auf den Sozialstaat, schließlich gibt es hierzulande Sozialämter und Bahnhofsmissionen. Da muss doch niemand draußen schlafen. Oder?

Wohnungslose in Deutschland

Sie müssen bei Freunden, in Notunterkünften oder auf der Straße schlafen: 2016 waren in Deutschland 860.000 Menschen ohne Wohnung.



2016: inklusive geflüchteter Personen, die zuvor nicht gezählt wurden

2018: Prognose

Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe • Daten

Als Anfang Februar 2015 ein 39-Jähriger Obdachloser vor dem Frankfurter Hauptbahnhof erfror [<http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt-obdachloser-stirbt-bei-eiseskaelte-13415382.html>], war das Entsetzen groß: Wie kann so etwas passieren an einem Ort, der täglich von Hunderttausenden Pendlern frequentiert wird? Seit der Wiedervereinigung sind etwa 300 Obdachlose in Deutschland erfroren. Werden wir dem wachsenden Elend gegenüber gleichgültig? In Frankfurt wurde später klar: Der Verstorbene lehnte die ihm angebotene Hilfe ab. Eine beruhigende Nachricht – und der subtile Beweis, dass Obdachlose auch irgendwie selbst schuld sind an ihrer Not. Zumindest aber, dass wir nichts damit zu tun haben. Doch das ist falsch. Die Frage ist nämlich gar nicht, ob es Menschen gibt, die den Klischees entsprechen, die Hilfe ablehnen, psychisch krank sind, verwahrlost auf der Straße schlafen. Denn die gibt es.

Es gibt in der Debatte um Obdachlosigkeit aber viel drängendere Fragen: Was sehen wir eigentlich nicht? Und geht uns das alles wirklich nichts an?

Migration - »Hier ist es besser und nicht so weit weg«

Unter den Obdachlosen im Berliner Tiergarten sind auch viele EU-Bürger aus Osteuropa. Sie können nicht ausgewiesen werden, haben aber nicht sofort ein Anrecht auf Sozialleistungen oder eine Unterkunft. © Foto: AFP-TV

860.000 Menschen ohne Wohnung

In Deutschland sind etwa 860.000 Menschen wohnungslos [<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-12/wohnen-zahl-der-wohnungslosen-steigt>] – fast viermal so viele wie 2008. Die meisten bleiben jedoch unsichtbar, sie leben bei Freunden, in Wohnheimen oder Notunterkünften. Sie alle verfügen über keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum, haben aber meist ein Dach über dem Kopf. Der Staat hat die Pflicht, Wohnungslose wie auch Asylbewerber unterzubringen. Weil es von beiden in den letzten Jahren mehr gibt, wird das aber schwieriger.

Insgesamt schlafen "nur" rund sechs Prozent der Wohnungslosen auf der Straße. Sie sind buchstäblich obdachlos – aber auch dann nicht zwangsläufig als solche zu erkennen. Wer dazu in der Lage ist, wahrt den bürgerlichen Schein und versteckt seine Not unter sauberen Klamotten. Doch das kostet viel Kraft. Ganz praktisch wegen all der fehlenden Ressourcen; aber auch psychisch, weil der Widerstand gegen die Vorurteile dauerhaft kaum aufrechterhalten werden kann – gerade wenn die Klamotten einmal nicht gewaschen sind und die Fassade bröckelt. Wer dann den ganzen Tag wie ein Penner behandelt wird, verhält sich irgendwann auch wie einer. Es ist ein Klassiker der Sozialpsychologie: Zuschreibungen erfüllen sich ein Stück weit von selbst, man muss sie nur oft genug aussprechen.

Selbst wer genau hinschaut, sieht nur einen Teil der Betroffenen: diejenigen, die ihr Leid nicht mehr verstecken können. Der Rest bleibt im Verborgenen. Und so verschwinden hinter den bedauerlichen, sichtbaren Einzelschicksalen und unseren Stereotypen davon auch die wahren Gründe für den massiven Anstieg der Wohnungslosigkeit. Und die gehen uns alle an, ob wir nun hinschauen oder nicht.

"Zwar sind Schicksalsschläge wie Trennung, Krankheit oder Jobverlust [<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-10/obdachlosigkeit-sozialwohnung-sozialpolitik>] oft Auslöser für den Wohnungsverlust, aber die gesellschaftlichen Wirkkräfte, die zum massiven Anstieg der Wohnungslosigkeit führen, sind die zunehmende Verarmung und die Wohnungsnot", sagt Thomas Specht, Geschäftsführer der BAG W. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung waren vor 20 Jahren 10,9 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen – 2014 waren es 15,8 Prozent. Das Statistische Bundesamt geht davon aus, dass im vergangenen Jahr etwa 13 Millionen Menschen in Deutschland armutsgefährdet waren, also monatlich weniger als 969 Euro zur Verfügung hatten. Darunter sind auch immer mehr Alte und Kinder. Und während die Zahl der Erwerbstätigen 2016 so hoch wie nie war, gehört Deutschlands Niedriglohnssektor zu den größten Europas. Das sind keine Zufälle – und auch keine Randphänomene.

Gleichzeitig steigen vor allem in Großstädten die Mietpreise. Laut dem

Bundesbauinstitut sind in den letzten zehn Jahren die Mieten in Städten mit über 500.000 Einwohnern um etwa die Hälfte angestiegen. In Frankfurt am Main zahlen Neumieter heute für eine Zweizimmerwohnung im Schnitt 800 Euro Kaltmiete, in Berlin sind es für 60 Quadratmeter durchschnittlich 600 Euro, in München über 1.000. Ein Ende der Preisspirale ist nicht in Sicht. Die Konkurrenz um günstigen Wohnraum wird durch die über 400.000 Flüchtlinge nicht kleiner, die zwar einen Schutzstatus und damit Anspruch auf eine Wohnung haben, aber bisher keine finden. Obdachlos dürften nur die allerwenigsten von ihnen sein, die meisten leben weiter als Wohnungslose in engen und oft abgelegenen staatlichen Unterkünften.

Warum so viele wegschauen

Schon zwischen 2008 und 2014 – also vor der starken Zuwanderung von Asylbewerbern und EU-Bürgern – ist die Zahl der Wohnungslosen um 50 Prozent angewachsen. Die Probleme liegen also anderswo. Derzeit gibt es in der Bundesrepublik nur noch 1,3 Millionen Sozialwohnungen, vor 30 Jahren waren es allein in Westdeutschland dreimal so viele. Und jedes Jahr werden es weniger. Laut dem Pestel-Forschungsinstitut aus Hannover beläuft sich der Bedarf aber auf insgesamt 5,6 Millionen Sozialwohnungen. Dazu ist der Zuzug in die Städte ungebrochen und die Mietpreisbremse kläglich gescheitert. Doch die Politik überlässt die Wohnungsfrage dem Wohnungsmarkt. Die Folgen bekommen schon lange nicht mehr nur die Ärmsten zu spüren, sondern zunehmend auch die Mittelschicht.

Die Probleme der Wohnungslosen sind also auch Probleme dieser Mittelschicht. Doch die schaut lieber weg, das weiß auch der Bonner Sozialpsychologe Rainer Banse, und hat dafür eine Erklärung: "Es ist psychologisch einfacher, aus sicherer Distanz zu mutmaßen, dass Obdachlose ihr Schicksal selbst gewählt haben oder daran schuld sind, als in einem Gespräch zu erfahren, dass sie womöglich ohne eigenes Verschulden ihre Wohnung verloren haben. Das würde ja bedeuten, dass es uns alle schuldlos treffen kann. Dies könnte letztlich unseren tief verwurzelten Glauben an eine gerechte Welt zerstören. Das macht uns Angst, damit wollen wir nicht konfrontiert werden." Es ist, als wären Wohnungslose eine Art böser Spiegel, in dem wir uns selbst erkennen könnten – und deshalb gar nicht erst hineinschauen. Wir gehen einer kognitiven Dissonanz also einfach aus dem Weg. Und damit auch den sozialen Problemen.

Doppelmoral und Entrechtung

Doch würde es wirklich ausreichen, genauer hinzusehen, vielleicht auch zuzuhören, um die Probleme zu lösen? Natürlich nicht, aber es wäre ein Anfang – und könnte unsere Vorurteile aufbrechen, die sich aus der Individualisierung sozialer Probleme und dem damit einhergehenden Mythos der Schuld speisen.

Demgegenüber könnten wir lernen, das Thema Wohnungslosigkeit tatsächlich als eine Art Spiegel zu begreifen – und zwar der gesellschaftlichen Verhältnisse, also der Verarmung und der Wohnungsnot. Aber auch die zunehmende Zahl obdachloser EU-Bürger ist ein Abbild der Doppelmoral herrschender Politik sowie der Entrechtung von Randgruppen – und wirft damit ebenso ein Licht auf das Absenken sozialstaatlicher Minimalstandards.

Während die meisten EU-Zuwanderer nämlich hier arbeiten und die deutsche Wirtschaft davon profitiert, werden ihre Probleme ignoriert. Stattdessen werden Klischees bekämpft: Wegen der Angst vor angeblichem "Sozialtourismus" wurden EU-Migranten beispiellos entrechtet. So bekommt der relativ kleine Anteil, der den Anschluss auf dem regulären Arbeitsmarkt nicht schafft, seit einem neuen Gesetz aus 2016 erst nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland Sozialhilfe [<http://www.zeit.de/2017/43/roma-bettler-rumaenien-obdachlosigkeit-hamburg>] – vorher waren es sechs Monate. Damit entfällt für viele Betroffene der Anspruch auf längerfristige Unterbringung. So erklärt sich der relativ hohe Anteil von Osteuropäern unter Obdachlosen (in Metropolen bis zu 50 Prozent), und ihr geringer Anteil an den Wohnungslosen (rund sechs Prozent). Zudem erschweren viele Kommunen diesen Menschen inzwischen sogar die Nothilfe, was nicht nur rechtlich umstritten, sondern im Winter auch lebensgefährlich ist.

Natürlich lassen sich all diese Herausforderungen nur durch eine andere Politik und nicht alleine durch Einzelne lösen. Dennoch spiegeln gerade unsere Blicke auf Obdachlose eben auch die gesellschaftliche Ignoranz wider. In der Bundesrepublik, wo sogar Dinge wie das Volumen der Muschelerträge in Aquakulturen erfasst werden, gibt es keine amtliche Statistik zur Wohnungslosigkeit. Dass dies möglich wäre, zeigt eine Machbarkeitsstudie des Statistischen Bundesamtes. Doch bisher beruhen alle bundesweiten Daten auf Schätzungen der BAG W. Eine amtliche, regionalisierte Zählung wäre aber viel eher in der Lage, die Unsichtbaren sichtbar zu machen, und damit auch ihre Probleme und Bedürfnisse. Eine offizielle Statistik würde zudem den Handlungsdruck auf die Politik erhöhen – weshalb nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die verantwortlichen Politiker lieber wegschauen.